

# Demographischer Wandel in Heidelberg

## Handlungskonzept

# Vorwort

Der Demographische Wandel stellt unsere Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Alterung, geringe Geburtenrate, Migration - das sind die Stichworte, die beschreiben, was unsere nahe Zukunft verändern wird. Für Heidelberg ist - im Gegensatz zu vielen anderen deutschen Städten - eine deutliche Zunahme der Bevölkerung bis 2020 prognostiziert. Erst 2030 wird mit einer deutlichen Abnahme gerechnet. Der Zuwachs wird allerdings nur aufgrund von Wanderungen eintreten, nicht als Folge vermehrter Geburten. Die Zahl der Älteren und die Zahl der Ausländer wird sich deutlich erhöhen.

Heidelberg begreift den Demographischen Wandel als Chance, wenn es sich frühzeitig auf die erwarteten Veränderungen einstellt. Durch eine aktive Politik im Bereich des Wohnungsbaus, der sozialen Infrastruktur (Kindergärten, Schulen etc.), der Integration und der Arbeitsplatzentwicklung soll die demographische Entwicklung insgesamt und auf Stadtteilebene positiv gesteuert werden. Das Handlungskonzept liefert hierfür Maßnahmenvorschläge und bildet den Rahmen zur Gestaltung des "Demographischen Wandels in Heidelberg". Es konkretisiert die Leitlinien und Ziele des unter dem Aspekt des Demographischen Wandels fortgeschriebenen Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2015 - Leitlinien und Ziele.

Am 2. August 2006 hat der Gemeinderat der Stadt Heidelberg das Handlungskonzept zum Demographischen Wandel gemeinsam mit der Fortschreibung des Stadtentwicklungsplan ohne Gegenstimme beschlossen.

Bei der Gestaltung des Demographischen Wandels handelt es sich um einen Prozess, der alle Bereiche der Stadt Heidelberg betrifft, die ihre Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit bestimmen. Insofern sind die Maßnahmen des Handlungskonzepts nicht abschließend und können bei Bedarf ergänzt werden. Das gilt ebenfalls für neue sich ergebende Themenbereiche.



Beate Weber  
Oberbürgermeisterin

2004 haben die Ämter der Stadtverwaltung ihre Einschätzung hinsichtlich der Konsequenzen und Auswirkungen des Demographischen Wandels für ihren jeweiligen Aufgabenbereich beschrieben.

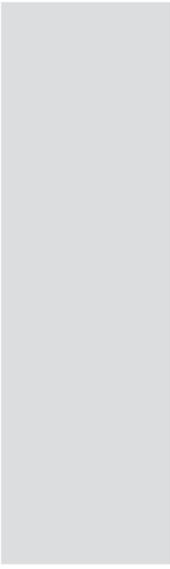
Anfang 2005 wurden die Beiträge der Ämter in einer Synopse zusammengefasst und in fünf Handlungsfelder eingeteilt.

Im März 2005 wurde für die verwaltungsinterne Weiterbehandlung für jedes dieser Handlungsfelder eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingerichtet. Ziel der Arbeitsgruppen war die Erarbeitung von mittel- bis langfristigen Handlungskonzepten und Maßnahmenprogrammen für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Gestaltung des demographischen Wandels in Heidelberg.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen umfassten 250 Maßnahmen. In einer verwaltungsinternen Abstimmung wurde daraus der Entwurf des Handlungskonzepts entwickelt, der im April 2006 in die gemeinderätlichen Gremien und den Jugendgemeinderat eingebracht wurde. Dabei wurden die Ergebnisse thematisch zusammengefasst und die Handlungsfelder in die nebenstehenden Themenbereiche (siehe auf Seite 3) gegliedert.

Die Themen Geschlechtergerechtigkeit, Integration und Bürgerschaftliches Engagement tauchen als Querschnittsaufgabe in allen Themenbereichen auf. Die Herausforderungen des demographischen Wandels verlangen eine kontinuierliche Intensivierung des Einsatzes in diesen Bereichen.

Die Öffentlichkeit hatte die Möglichkeit, sich im April und Mai 2006 über das Handlungskonzept in der Internetplattform „Perspektive Heidelberg“ zu informieren und Anregungen und Vorschläge einzubringen. Parallel dazu wurde die Öffentlichkeit über einer Sonderbeilage im Stadtblatt informiert, so dass sich auch Personen ohne Internetzugang beteiligen konnten. Die Sonderbeilage lag auch in den Bürgerämtern und den Seniorenzentren aus. Die im Rahmen der Beratungen, der Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie bei den Gesprächen mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege und dem Ausländer- und Migrationsrat eingegangenen Anregungen und Vorschläge wurden im Handlungskonzept ergänzt und thematisch eingeordnet.



# Themen- bereiche

<b>A: Familie, Kinderbetreuung, Bildung</b>	<b>4</b>
<b>B: Arbeit und Wirtschaft</b>	<b>6</b>
<b>C: Altersgerechtigkeit und Generationenbeziehungen</b>	<b>8</b>
<b>D: Kooperative Planung und Bürgerbeteiligung</b>	<b>10</b>
<b>E: Wohnen</b>	<b>12</b>
<b>F: Integration</b>	<b>14</b>
<b>G: Bürgerschaftliches Engagement (BE)</b>	<b>16</b>
<b>H: Soziale Lage</b>	<b>18</b>



# Familie, Kinder- betreuung, Bildung



## **Beitritt der Stadt zu der bundesweiten Aktion "Lokale Bündnisse für Familien"**

Heidelberg hat auf dem Weg zur "familienfreundlichen Stadt" bereits sehr viel getan. Dieser Weg muss mit neuen Maßnahmen und Partnern weitergegangen werden. Bei einem Beitritt der Stadt zu der bundesweiten Aktion "Lokale Bündnisse für Familien" soll mit den bestehenden Initiativen in Heidelberg zusammen gearbeitet werden. Beim Ausbau von Partnerschaften und sozialen Netzwerken soll zuerst auf bereits vorhandene Netzwerke zurückgegriffen und eine mögliche Zusammenarbeit geprüft werden. Es wäre sinnvoll Maßnahmen mit den Zielen zum Corporate Citizenship zu verknüpfen. Unternehmen können so zur Mitarbeit bei einem "Lokalen Bündnis für Familien in Heidelberg" gewonnen werden.

## **Netzwerk zur Qualitätssicherung der individuellen Förderung von Kindern**

Ein Qualitätssicherungsnetzwerk betrifft die Arbeit in KITAS, die Verbesserung der Kooperation und Schnittstelle KITA-Schule, die Schule sowie Förderung interkultureller Pädagogik gleichermaßen. Die Maßnahme ist besonders zielführend für die Stärkung von Elternschaft, Qualifikation und Integrationskompetenz.

Insbesondere wichtig ist das Verständnis einer möglichst frühzeitigen Verknüpfung

von Betreuung und Bildung. Bei der Auslegung der qualitativen Standards sollen alle "sozialen" Querschnittsämter zusammenwirken. Die Eltern müssen früh einbezogen werden.

Finanzmittel für Prävention sind wichtig, da die Folgekosten bei "Nichtstun" deutlich höher sind. Unterschiedliche Fachqualifikationen sollen in KITAS zusammenwirken, wie z.B. Erzieherinnen, Heilpädagogen, Kinderärzte u.s.w.. Kindergartensozialarbeiter, analog der Schulsozialarbeiter wären sinnvoll. Die Aufgaben sind in erster Linie durch Fachkräfte zu leisten.

Eine ergänzende Netzwerkunterstützung durch neue Formen der ehrenamtlichen Elternarbeit im Bereich KITA, Schule oder bei der präventiven Jugendhilfe ist hilfreich. Die Personalausstattung ist den gestiegenen Qualitätsanforderungen entsprechend anzupassen.

## **Entwicklung von Umsetzungsplänen im Zusammenhang mit dem Aktionsplan zur UN Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung"**

Die Umsetzungspläne betreffen die schulische und die universitäre Bildung sowie die Fort- und Weiterbildung.



**Quantitativer und qualitativer Ausbau der stadtteilbezogenen Angebote zur bedarfsorientierten, ganzjährigen, ganztägigen Betreuung von Kindern und Jugendlichen, die flexibel buchbar sind**

Im Vordergrund steht die Sicherstellung der hohen Qualität. Bei der Entwicklung der Kleinkinderbetreuung soll mit den jeweiligen Initiativen und Trägern zusammen gearbeitet werden (z. B. Tagesmütterinitiative, Patenoma-Dienste) und diese sollen ggf. durch Qualifizierungsangebote unterstützt werden. Gerade bei der Frage um die Unterstützung der Familien mit (Klein-)Kindern spielt das direkte Wohnumfeld, also das Quartier oder der Stadtteil, eine wichtige Rolle. Viele ehrenamtliche Organisationen sind ebenfalls auf Stadtteilebene angesiedelt, so dass die Zusammenarbeit auf dieser Ebene sinnvoll ist. Eine Ausweitung der Betreuung ist jedoch auch vom jeweiligen Träger und seinen Planungen sowie von weiteren Mitteln und Ressourcen, die hierfür von der Stadt Heidelberg zur Verfügung gestellt werden müssen, abhängig.

**Erarbeitung gemeinsamer Standards für den Lern- und Bildungsraum Schule**

Maßnahmen zur Bildung haben höchste Priorität. Notwendig sind Zielvereinbarungen/Standards und Controlling mit allen Ko-

operationspartner/innen zur Verbesserung des qualitativen und quantitativen Angebotes sowie ein Konzept zur Verbesserung des Übergangs Schule und Beruf für alle Heidelberger Haupt- und Realschulen. An einzelnen Hauptschulen ist der Übergang Schule-Beruf bereits Thema. Das ehrenamtliche Bürgerschaftliche Engagement soll eingebunden werden. Wichtig ist auch die Qualifizierung der Migranten (mit Migranten sind Menschen ausländischer Herkunft, unabhängig von Status und Nationalität gemeint) sowie die Erfassung und Transparenz sämtlicher Angebote im Bereich Bildung und Arbeitsmarkt für Migranten, um ihnen Zugang zu Schule, Ausbildung und Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Ziel muss es sein, auch Flüchtlinge ohne Bleiberecht einzubeziehen.

Eine enge Kooperation mit Berufsakademie und JobCenter HD (Berufsinformationsbörse) sowie eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe, welche die kommunalen Steuerungsinstrumente zum Thema prüft, gewichtet und auf deren Umsetzung (mit allen erforderlichen Kooperationspartnern) hinwirkt, ist sinnvoll.

**Schule zu einem angenehmen Lebens- und Bildungsraum machen**

Der Jugendgemeinderat wird gebeten, entsprechende Vorschläge zu erarbeiten.



## **Förderung der unter 25-Jährigen auf dem Arbeitsmarkt**

Die Beschlüsse der Zukunftsinitiative Metropolregion sind in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen. Bei der Umsetzung sind viele Institutionen beteiligt.

Die Stadt Heidelberg bildet selbst über Bedarf aus. Sie finanziert zudem derzeit mit rund 150.000€ / Jahr im sogenannten AZUBI-Fonds bei den Heidelberger Diensten 28 Ausbildungsplätze für junge Menschen, die aus den verschiedensten sozialen und persönlichen Gründen ansonsten keine Ausbildungsstelle erhalten hätten. Dies ist beispielhaft. Vor diesem Hintergrund soll der weitere Ausbau über die Gewinnung von zusätzlichen Sponsoren erfolgen.

## **Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekt "50+" in Zusammenarbeit mit dem JobCenter**

Eine dauerhafte Bundesförderung wäre wichtig. Bei der Arbeitsmarktpolitik muss ein besserer Umgang mit Elternschaft, Alter und den Gefahren sozialer Polarisierung erreicht werden. Die Probleme, ältere Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt zu integrieren, gründen nur sekundär in einer mangelnden Qualifikation. Der Fokus in Heidelberg soll deshalb auf "Beschäftigungsprojekten" liegen. Dabei sollen auch Menschen Be-

rücksichtigung finden, die nicht in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln sind.

## **Erarbeitung einer vernetzten, koordinierten Marketingstrategie und Corporate Citizenship**

Der demographische Wandel verstärkt die Notwendigkeit einer gemeinsamen Standortpolitik. Eine aktive Bürgerschaft, unterstützt von der Stadtverwaltung und engagierten Unternehmen (Corporate Citizenship), sollen als Alleinstellungsmerkmal für Heidelberg und die Metropolregion auch bei der Wirtschaftsförderung oder der Werbung um Arbeitnehmer/innen herausgestellt werden. Das Corporate Citizenship unterstützt das immer wichtiger werdende soziale Engagement von Unternehmen. Weitere Schwerpunkte einer vernetzten, koordinierten Marketingstrategie durch die Verwaltung liegen auf einer Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen sowie der Verbesserung der Präsentation nach außen. Dabei sollte nicht nur das Thema "Romantik" transportiert werden, sondern besonders auf die innovativen Aspekte der Wissenschaftsstadt Heidelberg hingewiesen werden.



### **Zielvereinbarung zwischen Stadt und den Trägern der Weiterbildung über den Ausbau eines bedarfsgerechten Angebotes zur beruflichen Fort- und Weiterbildung**

Im Bereich der Erwachsenenbildung bietet die VHS Qualifizierungskurse für Einzelpersonen und Betriebe an; gleiches gilt für die berufliche Zusatzqualifizierung durch Angebote an Meisterschulen und an den öffentlichen Schulen bzw. durch entsprechende Erwachsenenbildungsträger. Durch neue Konzepte wie "Operativ Eigenständige Schulen" wird auf Landesebene versucht, durch Qualitätsmanagement die Ausbildung zu verbessern.

Die Zielvereinbarungen sollen fortgeführt werden.

### **Zielvereinbarung zur personellen und organisatorischen Bewältigung des Demographischen Wandels innerhalb der Stadtverwaltung**

Der Prozess ist aktuell im Gange. Die unterschiedlichen in dieser Maßnahme angesprochenen Handlungsfelder sind größtenteils in der täglichen Arbeit verankert und werden stetig weiterentwickelt. Beispiele sind Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Flexibilität bei den Arbeitszeitwünschen von Mitarbeiter/innen, qualifizierte und am Bedarf orientierte Fortbildungsangebote auch

für ältere Beschäftigte, das Leitbild für Führungskräfte oder die Einführung von Personalgespräch und Vorgesetztenbeurteilung. Diese Instrumente dienen auch dazu, die Motivation und Flexibilität von älteren Mitarbeiter/innen zu erhalten, zu fördern und diese Potenziale verstärkt zu nutzen. Eine verbesserte Verzahnung der Fachkräfte und der bürgerschaftlich Engagierten ist wichtig. Denkbar wäre auch ehemalige Mitarbeiter/innen für das Bürgerschaftliche Engagement zu gewinnen.

Die Führungskräfteentwicklung hat in der Stadtverwaltung einen hohen Stellenwert. Nach Abschluss einer Potenzialanalyse im I. Quartal 2006 werden insgesamt 3 Kompetenzteams ihre Arbeit aufnehmen. Der Erfolg der Maßnahmen soll kontinuierlich geprüft und die Ziele ggf. fortgeschrieben werden.

### **Organisation eines kontinuierlichen Dialogs mit Unternehmen und Schlüssel-einrichtungen in Heidelberg zur Bewältigung des demographischen Wandels**

Hierfür eignen sich unter anderem die Wirtschaftskonferenzen als Plattform. Ein Dialog bietet die Chance, voneinander zu lernen. Dies gilt insbesondere für die Themen Gleichberechtigung, familienbewusste Arbeitszeiten und Unterstützungsangebote für Rückkehrwillige. Zur Kompetenzgewinnung soll nach vorangegangener Analyse und Gesprächen mit den Unternehmen eine Befragung über "demographiesensible" Instrumente der Personal- u. Organisationsentwicklung durchgeführt werden.



# Altersgerechtigkeit und Generationenbeziehungen



## **Stärkung der Generationenbeziehungen durch Schaffung von Stadtteilzentren mit innovativen Patenschaftsprojekten, Erweiterung der Beteiligungsformen und Ausbau vorhandener Beratungsstrukturen**

Der Beratungsbedarf insbesondere älterer Menschen, wird in Zukunft zunehmen. Die Einrichtung von Stadtteilzentren (Quartierszentren), welche die Bereiche Verwaltung, Altenarbeit, Kinder- und Jugendarbeit, Bürgerschaftliches Engagement und Kulturelles verbindet, kann diesen Prozess erleichtern. Ein solches Projekt kann bereits in der Bahnstadt realisiert werden. In den anderen Stadtteilen wird dies nach und nach umzusetzen sein. Stadtteilzentren kommen insbesondere auch mobilitätseingeschränkten Menschen zu Gute.

Da zu den Aufgaben der Bürgerämter auch Koordinierungsfunktionen in den Stadtteilen gehören, könnte eine entsprechende Erweiterung der Serviceleistungen dort erfolgen. Durch den an den jeweiligen Gegebenheiten des Stadtteils orientierten Ausbau des Angebotes in den Bürgerämtern könnten Stadtteilzentren mit bedarfsorientierten Dienstleistungen, Beratung, Vermittlung von Unterstützung und weiteren Serviceleistungen für alle Generationen entstehen. Hierbei sind die Aktivitäten der Kirchengemeinden von besonderer Bedeu-

tung. Intergenerative Angebote sind insbesondere zur Unterstützung von Familien mit Kindern wichtig.

## **Der Ausbau intergenerativer stadtteilbezogener Kontaktmöglichkeiten soll in einem Probelauf im Bürgerzentrum Kirchheim durchgeführt werden.**

Die Beratung soll für alle Generationen und Lebenslagen da sein. Der Ausbau vorhandener Beratungsstrukturen und Schaffung von intergenerativen und stadtteilbezogenen Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten dient auch zur Entlastung von pflegenden Angehörigen.

Ein Teil des Ausbaus vorhandener Beratungsstrukturen und die Schaffung von Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten könnte z.B. auch in den Seniorenzentren und Bürgerämtern erfolgen.

Bei der Planung werden örtliche Strukturen berücksichtigt und vorhandene Kompetenzen einbezogen. Welche Namensgebung gewählt wird, ist vor Ort zu entscheiden. Es müsste auch deutlich gemacht werden, für welche Fragen und Aktivitäten diese neu konzipierte Institution zuständig ist. Bei einer Ausweitung von Aufgaben z.B. auch für mehrere Generationen ist auf eine ausreichende Personalausstattung zu achten.



### **Stadtteilbezogener Ausbau der ambulanten, teilstationären und stationären Betreuungsangebote für ältere Menschen unter besonderer Berücksichtigung von Demenzkranken und altersverwirrten Personen sowie Menschen mit Behinderung**

Die Optimierung der Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte Betreuung hat hohe Priorität.

Die Leistung der pflegenden Angehörigen ist zu unterstützen. Menschen mit körperlichen und geistigen oder psychischen Behinderungen sind dabei gleichberechtigt zu berücksichtigen.

Eine Bedarfserhebung ist für das Maßnahmenpaket Voraussetzung.

### **Förderung generationenübergreifender Sportangebote**

Die Maßnahme ist bei vereinsunabhängigen Angeboten begrüßenswert. Hierbei bieten die bestehenden Seniorenzentren, Bürgerhäuser und Bürgerämter Ansatzpunkte. Ihre Funktionen sollen erweitert und gebündelt werden.

### **Förderung der Teilhabe am öffentlichen Leben und der wohnortnahen Versorgung**

Hol- und Bringdienste sowie mobile Liefersysteme sollen hierzu unterstützt werden. Entlastungsangebote bei der Versorgung betreuungsbedürftiger Angehöriger und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit tragen darüber hinaus dazu bei. Die Nahversorgung ist mit Priorität zu fördern. Dazu kann beispielsweise die Anpassung alter Bebauungspläne mit Misch- und Gewerbegebieten an die zur Zeit gültige BauNVO hilfreich sein.

# Kooperative Planung und Bürgerbeteili- gung



## **Durchführung von Stadtteilkonferenzen**

Die Workshops zu den Stadtteilrahmenplänen sollen zu kontinuierlich stattfindenden Stadtteilkonferenzen weiter entwickelt werden. Hierbei ist es wichtig, tragfähige Konzepte zur Motivation der Bürgerinnen und Bürger an einer Mitarbeit zu erarbeiten und umzusetzen.

Im Rahmen von Stadtteilkonferenzen soll insbesondere die Gestaltung des öffentlichen Raums Thema sein. Es soll darauf geachtet werden, dass der öffentliche Raum so (um)gebaut wird, dass die Entstehung von tragfähigen "Nachbarschaften" möglich ist. Dies gilt insbesondere für Projekte in städtischer Trägerschaft oder Projekte der GGH.

Weitere wichtige Themen sind bedarfsorientierte Angebote im Bereich Bildung, Kultur, Sport und Mobilität sowie die z.B. die Auslobung eines Wettbewerbs zur attraktiven Gestaltung der Hinterhöfe.

Für die Bahnstadt sind die Schaffung eines multifunktionalen und generationenübergreifenden "Spiel-, Erlebnis- und Aufenthaltsraumes" und die Schaffung eines positiven Wohnumfeldes mit Grün- und Begegnungsflächen und stärkerer Verkehrsberuhigung von besonderer Bedeutung. In der nächsten Stufe der Konkretisierung des Freiraumkonzeptes für die Bahnstadt können die Vorschläge einbezogen werden.





### **Ausbau zu Fuß erreichbarer, barrierefreier Grünanlagen auch als intergenerativer Begegnungsraum mit Bewegungsflächen und Spielgeräten für alle Generationen**

Die Schaffung eines positiven Wohnumfeldes mit Grün- und Begegnungsflächen und stärkerer Verkehrsberuhigung hat hohe Priorität. Wichtig sind auch Sportflächen für ältere Menschen.

Bei der Barrierefreiheit ist zudem insbesondere der Bereich des ÖPNV stärker zu fokussieren, um die Mobilität zu erleichtern.

### **Gewährleistung der Mobilität**

Der barrierefreie Ausbau des ÖPNV insbesondere des schienengebundenen ÖPNV mit möglichst vielen Direktverbindungen ist für Kinder, Jugendliche und Senioren gleichermaßen wichtig. Mit Blick auf den künftig höheren Anteil älterer Menschen kommt der Barrierefreiheit eine besondere Bedeutung zu. Menschen mit Behinderung sind besonders zu berücksichtigen.

Das geänderte Freizeitverhalten ist zu berücksichtigen (der Ausbau der Moonliner wäre wünschenswert).



### **Kooperative Planung im Bereich Infrastruktur und Einrichtung eines Quartiersmanagements ergänzt durch Patenschaften zu verschiedenen Themenbereichen in der Bahnstadt**

Wenn Bewohner/innen eines neuen Stadtteils bereits an der Entstehung ihres Gemeinwesens beteiligt werden, wird die Identifikation mit dem Stadtteil erfahrungsgemäß schneller wachsen. Deshalb soll in der Bahnstadt exemplarisch Quartiersmanagement unter Einbindung von Bürgerbeteiligungsmodellen erprobt werden.

### **Herstellung flexibler multifunktional nutzbarer Gebäude, Räumlichkeiten und Strukturen unter Berücksichtigung der Faktoren Wirtschaftlichkeit, Sicherheitsaspekte und Barrierefreiheit.**

Dies soll bei Gebäuden der öffentlichen Hand, freier Träger und privater Bauherren durch eine Förderung, Selbstbindung und Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden. Ein Hauptaugenmerk soll auf die Bahnstadt unter Berücksichtigung der Workshopergebnisse zum Quartiersmanagement gerichtet werden. Auch in den bestehenden Stadtteilen sollen entsprechende Möglichkeiten untersucht werden.

# Wohnen

E





### **Aufstockung des Wohnungsentwicklungsprogramms (WEP)**

Dadurch kann einer Abwanderung insbesondere von Familien mit Kindern in die Nachbargemeinden entgegen gewirkt werden. Bis zum Jahr 2020 ergibt sich ein Bedarf von 8.000 Wohnungen, d.h. jährlich werden 500 Wohnungen benötigt.

### **Schnelle Realisierung der Bahnstadt**

Der Maßnahme kommt mit Blick auf eine bedarfsgerechte Wohnraumversorgung höchste Priorität zu. Bei dem Bau des neuen Stadtteils ist auf eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Leitziele des Stadtentwicklungsplans zu achten.

### **Beschleunigungsmaßnahmen zur Schaffung von Wohnraum z.B. bei Sanierungsmaßnahmen mit Förderung von gemeinschaftsorientierten Wohn- und Lebensformen**

Der Aspekt "neue Formen generationsübergreifenden Wohnens" soll stärker hervorgehoben und gefördert werden. Die Förderung neuer Wohnformen soll in den kommenden Jahren entwickelt und in die Praxis umgesetzt werden. Dabei können Mehrgenerationenhäuser kleine lokale Zellen der Ehrenamtlichkeit werden und so den Umgang mit den Folgen des demographischen Wandels erleichtern. Mehrgenerationen-

häuser können Gebäude sein, in denen sich verschiedene Generationen begegnen und Gebäude, in denen verschiedene Generationen zusammenleben.

### **Beibehaltung von preisgünstigen städtischen Wohnungen**

Dabei ist auch die Möglichkeit der Einflussnahme der Stadt über Wohnbaugesellschaften mit städtischer Beteiligung zu suchen. Preisgünstige große Wohnungen erleichtern auch die Integration für ausländische Großfamilien.

### **Umwandlung des Wohnservices für Ältere in eine Fachstelle "Barrierefreies Bauen und Wohnen"**

Die Ansiedlung der Fachstelle im Technischen Bürgeramt ist sinnvoll. Mit der zentralen Anbindung der Funktion beim Technischen Bürgeramt ab März 2006 ist gleichzeitig der Einsatz der bisher mit dem Aufgabengebiet "Wohnen im Alter" beim Amt für soziale Angelegenheit und Altenarbeit beschäftigten Sozialarbeiterin in den Räumlichkeiten des Technischen Bürgeramtes verbunden (bereits umgesetzt).



## **Verstärkung der Sprachförderung in KITAS für alle Migrantenkinder mit Deutsch als Zweitsprache (bereits ab 18 Monaten)**

Die Sprachförderung in Kindertagesstätten ist ein wichtiges Merkmal guter pädagogischer Arbeit. Es muss sichergestellt werden, dass sie in allen Kitas -unabhängig von der Trägerschaft durchgeführt wird. Die Mitglieder des Ausländer- und Migrationsrates können ihre Kontakte nutzen und darauf hinwirken, dass die Migrantenfamilien ihre Kinder schon mit 1,5 Jahren in Kindertagesstätten geben. Integrationsarbeit sollte jedoch nicht nur im Bereich der Sprachförderung angesiedelt sein. Sprachförderung ist auch für die älteren Kinder notwendig und wichtig.

## **Auf- und Ausbau eines Netzwerkes für Integrationsbegleitungen für alle Migrantengruppen**

Das bereits bestehende Netzwerk von hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in der Integrations- und Migrationsarbeit tätig sind, soll durch ein Netzwerk von ehrenamtlichen Integrationsbegleitern ergänzt werden. Bereits vorhandene Strukturen und Kompetenzen sollen integriert werden.

Der Ausländer- und Migrationsrat kann sich am Aufbau eines Netzwerkes "soziale Bera-

tung für Migranten in Heidelberg" beteiligen. Eine Broschüre, aus der Migranten entnehmen können, an welche Einrichtung sie sich mit welchem Problem wenden können, wäre hilfreich.

## **Auf- und Ausbau der Migrationsarbeit in den Stadtteilen von Heidelberg**

Integration findet im Stadtteil statt; die dortigen Einrichtungen müssen sich den Migranten öffnen. Für Migranten sollen stadtteilbezogene Angebote gemacht werden. Insbesondere gilt es, die Bürgerzentren und Seniorenzentren in Zusammenarbeit mit dem Ausländerrat / Migrationsrat als Begegnungsstätte der Kulturen besser erlebbar zu machen. Verschiedene ethnische Gruppen und Deutsche sollen dort die Vielfalt der Kulturen erfahren können. Die Kommunikation der Gruppen soll in vielfältiger Form gefördert werden.

## **Fortführung der Konfliktberatungen, Konfliktvermittlungen sowie Mediation vor Ort mit interkulturell geschulten Mitarbeiter/innen**



**Förderung von Vereinen, die sich im Rahmen des Sportförderungsprogramms aktiv um die Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bemühen.**

Einrichtungen, die sich besonders um die Integration Jugendlicher mit Migrationshintergrund kümmern, sollen bei der finanziellen Förderung bevorzugt werden.

**Unterstützung interkultureller Projekte unter Beteiligung der Migranten/innen und der einheimischen Bevölkerung**

Eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe unter Federführung des Dezernates III, soll die kommunalen Steuerungsinstrumente zum Thema ausloten, gewichten und auf deren Umsetzung (mit allen erforderlichen Kooperationspartnern) hinwirken. Dies gilt vor allem für die Einbindung des bürgerschaftlichen Engagements zur Stärkung der Integration von Migranten.

**Ausländerbeauftragter**

In der Stadtverwaltung soll die Stelle eines/einer Ausländerbeauftragten eingerichtet werden, welche die verschiedenen Ämter in Fragen der Integration berät und jeweilige Maßnahmen oder Projekte koordiniert. In ihren/seinen Aufgabenbereich sollen nicht nur der Netzwerkaufbau der Gruppen,

Initiativen und Einrichtungen innerhalb der Stadt fallen, sondern darüber hinaus auch die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch mit anderen Städten und Kommunen.

**Bericht zur "Sozialen Lage"**

Durch einen Bericht zur "Sozialen Lage" soll die Lebenswirklichkeit der Migrantinnen und Migranten ermittelt werden, um sinnvolle Integrationsmaßnahmen zu ergreifen. Dabei ist mit dem Ausländerrat/Migrationsrat zusammenzuarbeiten.

**"Forum"**

Bildung eines Forums für Institutionen und Gruppen, die für die Integration der Migrantinnen und Migranten arbeiten (z.B. von Verwaltung, Gemeinderat, Ausländerrat / Migrationsrat und verschiedenen Einrichtungen, Institutionen und Initiativen).

**Demokratische Verhaltensweise**

Demokratische Verhaltensweise und das Bewusstsein der allgemeinen Menschenrechte für alle Einwohner/innen der Stadt sollen früh schon im Kindergarten und in der Schule unterrichtet werden. Kein Kind soll aus religiösen oder ethnischen Gründen davon ausgeschlossen werden dürfen.

# Bürgerschaftliches Engagement (BE)

G





**Bürgerschaftliches  
Engagement**

### **Einrichtung eines interdisziplinären Lenkungsgremiums**

Die Vernetzung der BE-Förderung in allen Bereichen der Verwaltung im Zuge der Gestaltung des demographischen Wandels soll koordiniert entwickelt und umgesetzt werden. Hierfür ist die Einrichtung eines interdisziplinären Lenkungsgremiums sinnvoll.

### **Unterstützungskultur zur Förderung des Bürgerengagements der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

Bürgerschaftliches Engagement wirkt sich positiv auf soziale und persönliche Kompetenzen aus. Das Personal- und Organisationsamt wird die Umsetzung auch künftig konstruktiv begleiten und im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen.

### **Ausbau von Motivation und Anerkennung**

Durch Motivation und Anerkennung kann das Bürgerschaftliche Engagement gefördert werden.

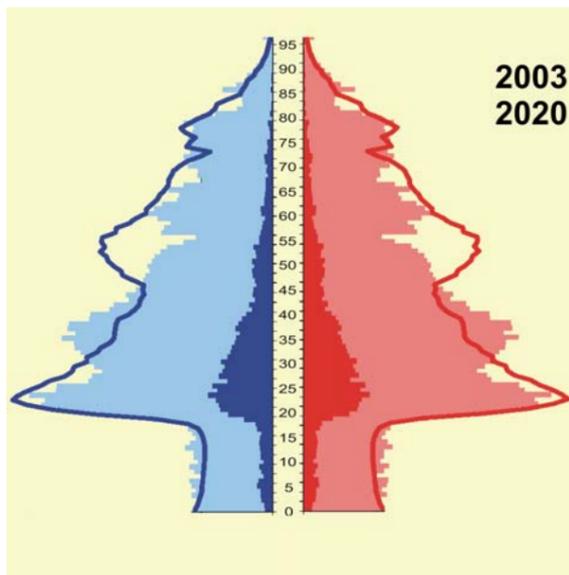
### **Förderung des Bürgerengagements und Stärkung der Generationenbeziehungen durch Zusammenführung bereits bestehender Strukturen auf Stadtebene sowie Entwicklung neuer Informationswege**

Die Stadt soll hierbei nur als Impulsgeber fungieren, die eigentlichen Koordinationsaufgaben sollen Externe übernehmen.

# Soziale Lage

H





### **Stadtteilspezifische Priorisierung von Maßnahmen zur Armutsprävention**

Die unter Abschnitt A, B, C, E und F genannten Maßnahmen, die besonders zur Verhinderung von Armut und Ausgrenzung beitragen, sind stadtteilspezifisch zu priorisieren.

### **Bericht zur Sozialen Lage**

Um frühzeitigen, örtlichen Handlungsbedarf zu erkennen und einen optimalen Ressourceneinsatz zu gewährleisten, ist ein Bericht zur Sozialen Lage (Armut- und Reichtumsbericht) zu erstellen, der alle drei Jahre wiederholt wird. Der Bericht wird eine Basis für die Entwicklung stadtteilspezifischer Maßnahmen und Angebote sein. Dabei ist insbesondere die Situation von Migranten, Kindern und Jugendlichen, Behinderten sowie alten Menschen zu berücksichtigen. Die Daten sind kleinräumig und geschlechtsspezifisch auszuwerten.

## **Bildnachweis**

Akademie für Ältere: Seite 9 links,  
Peter Dorn: Titel links oben und Seite 14,  
Alle übrigen: Amt für Stadtentwicklung  
und Statistik.

## **Impressum**

Herausgeberin  
Die Oberbürgermeisterin der  
Stadt Heidelberg

Bearbeitung und Koordination  
Amt für Stadtentwicklung und Statistik  
Postfach 10 55 20  
69045 Heidelberg  
Tel.: 06221 - 5821500

Dezember 2006

Amt für Stadtentwicklung  
und Statistik

Postfach 10 55 20  
69045 Heidelberg  
Tel.: 06221 - 5821500